





## $\ddot{m{O}}$ kumenisches $m{N}$ etz $m{i}$ n $m{D}$ eutschland für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung $\ddot{m{O}}m{NiD}$

## Solidarische Bürgerversicherung - fair teilen statt sozial spalten

Es gibt zahlreiche Varianten der Bürgerversicherung. SPD, die Grünen und DIE LINKE vertreten je eigene Entwürfe, ebenso Sozialverbände, Gewerkschaften und soziale Bewegungen. Das ÖNiD-Konzept geht in seiner Reformfreudigkeit etliche Schritte weiter als andere Varianten:

- 1. Die Finanzierungslasten der Sozialversicherung sind ungerecht verteilt. Die wirksamste Methode, eine Umkehr der Belastung zu erreichen, sehen wir in einer **progressiv verlaufenden Beitragserhebung.** Mittels einer streng zweckbestimmten Quote zur progressiven Lohn- und Einkommensteuer, (wie z.B. bei der Kirchensteuer) ist das ein einfacher Weg. Dadurch entfällt zugleich die **Beitragsbemessungsgrenze.**
- 2. Auf diese Weise sollen **alle 4 beitragsfinanzierten Zweige der Sozialversicherung** in unsere Bürgerversicherung einbezogen werden, also die Renten- und Arbeitslosenversicherung ebenso wie die Kranken- und Pflegeversicherung. Durch konsequente Beteiligung der Vermögenseinkommen und der hohen Arbeitsentgelte sind die Einnahmen der Sozialversicherung auf eine solide Basis zu stellen, die eine spürbare Entlastung der unteren Einkommen und gemeinwohlorientierte Reformschritte auf der Ausgabenseite ermöglicht.
- 3. Unser Konzept zielt darauf, die großen Armutsrisiken zu beseitigen, die durch Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Alter, Arbeitslosigkeit und für Familien mit Kindern existieren. Dazu dient nicht nur die progressive Beitragserhebung, sondern auch das Umlageverfahren, das die Sozialversicherung unabhängig macht von den Finanzmärkten und ihren Vernichtungstendenzen. Denn es sollen prinzipiell keine Beiträge im Kapitaldeckungsverfahren angelegt werden.
- 4. Das Bürgerversicherungsprinzip ist **nicht kompatibel mit privaten Vollversicherungen** und berufsständischen Sonderversorgungssystemen, die unsere gegenwärtige **Zwei-Klassen-Spaltung** kennzeichnen. Das wird in anderen Konzepten nicht genügend deutlich gesagt. Unsere Kritik bezieht sich auch auf die Gesetzlichen Krankenkassen, die völlig solidarwidrige Kooperationen mit den Privatversicherungen eingegangen sind. Das alles gehört nicht in eine solidarische Bürgerversicherung.
- 5. Der sogenannte Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zählt korrekterweise zum Arbeitnehmerentgelt. Wir wollen die unberechtigte Lohnnebenkostendebatte beenden. Paritätische Finanzierung gibt es schon lange nicht mehr. Wir stellen die Illusion der "Sozialpartnerschaft" infrage. Das unterscheidet uns gravierend von allen anderen Konzepten. Wir fordern außerdem eine Reform der vielen Hundert arbeitgeberseitig beherrschten Selbstverwaltungen in der Sozialversicherung, die undemokratisch, teuer und für die Versicherten höchst undurchschaubar sind.
- 6. Wir wollen die **Gleichbehandlung der Ost- und Westrentner**. Im Osten droht nach 20 Jahren hoher Arbeitslosigkeit und Prekarität eine enorme Altersarmut. Immer noch erfahren die Ostrentner in der Gesetzlichen Rentenversicherung eine systemfremde Behandlung. Ein großer Teil ostdeutscher Jugend wandert jedes Jahr in den Westen, arbeitet dort und zahlt in die dortige Rentenkasse; ebenso wie die ostdeutschen Arbeitspendler. Trotzdem gibt es für die ostdeutschen Bundesländer eine geringere Bewertung der Entgeltpunkte. Dagegen werden die ärmeren westdeutschen Länder gleichbehandelt mit den wohlhabenden.
- 7. In der Gesetzlichen Krankenversicherung ist das **Kopfpauschalenprinzip** bereits weit verbreitet. Praxisgebühr, alle Zuzahlungen und Privat-Leistungen sind Kopfpauschalen, ebenso wie die kommenden Zusatzbeiträge. Denn alle Betroffenen zahlen den gleich hohen Geldbetrag, ungeachtet ihres Einkommens. Die neue Regierung plant nun die große Kopfpauschale. Wir sehen darin eine der Hauptgefahren für die Sozialversicherung. Das ÖNiD-Konzept schließt jegliches Kopfpauschalenprinzip aus und lehnt damit auch alle Zuzahlungen ab. Denn die unteren Einkommensschichten werden davon besonders hart getroffen.

Das ausführliche Konzept ist zu finden: www.oekonomie-und-kirche.de unter "unsere Themen"